Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur Fritz Arnhold, Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fern. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 50.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.75 Mark, bei der Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 75 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 300 Pfg., sonst 350 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 14. Dienstag, den 18. Januar 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Wie aus Kattowitz gemeldet wird, beabsichtigen die Polen, Oberschlesien während der Abstimmung durch Unterbrechung der Draht- und Eisenbahnverbindungen von Deutschland zu isolieren.

•

Der Secolo meldet aus Turin, daß vom Botschafterrat auch die Verstärkung der französischen und englischen Truppen in Oberschlesien zur Sicherung der bevorstehenden Abstimmung angeordnet wurde.

•

In Newyork hat sich ein Ausschuß von bekannten Deutschamerikanern gebildet, um eine umfassende Bewegung gegen die schwarze Schmach einzuleiten.

•

Nach einer Meldung aus dem Sekretariat des Völkerbundes tritt der Völkerbundsrat am 20. März die Völkerbundstagung Anfang September 1921 zusammen.

Zum 18. Januar 1921.

Von Senator Dr. Petersen, Mitglied des Reichstages.

Träger der deutschen Geschicke und der deutschen Geschichte ist von jeher das ganze Volk gewesen. Das bleibt richtig, auch wenn man, wie wir von unserer liberalen Weltanschauung aus den Wert der Persönlichkeit hoch, ja entscheidend für die Entwicklung eines Volkes einstellt. Denn es ist wie eine einzelne Persönlichkeit, es waren und werden sein die vielen tüchtigen Persönlichkeiten, deren Zusammenwirken im Volke den Stand von Politik, Wirtschaft und Kultur bestimmt.

Die Gründung des Reiches 1871 verdanken wir in erster Linie der Masse des Volkes, welche von den Befreiungskriegen ab in wachsendem Maße ein einheitliches deutsches Reich gefordert und erstrebt hat. Bismarck war der geniale Gestalter dieses Volkswillens. Kaiser Wilhelm I. der verständige Fürst, der sich dem Sehnen des Volkes zur Verfügung stellte und dem klugen Rat des verantwortlichen Staatsmannes folgte. So hat das deutsche Volk nicht allein ein Recht, sondern die Pflicht, der Reichsgründung zu gedenken. Weder die Fehler, noch der unglückliche Ausgang der Staatsform von 1871 dürfen uns daran hindern. Denn das Volk ist geblieben. Das Volk allein muß und kann nach dem Zusammenbruch der alten Staatsform das neue Reich politisch, wirtschaftlich und kulturell wieder aufbauen. Gerade seine Leistungen in der Vergangenheit, seine immer wieder erwiesene Kraft, Schicksalsschläge zu überwinden, aus Unterdrückung und Unglück neue Kräfte wachsen zu lassen, gibt uns die Gewähr für eine gute Zukunft. Könnten wir nicht auf die Tüchtigkeit unseres Volkes aus seinen Taten in der Vergangenheit heraus vertrauen, wir wären verloren. So ist es in erster Linie Pflicht der demokratischen Parteien, dem deutschen Volk am 18. Januar 1921 die Taten unserer Väter ins Gedächtnis zu rufen und es zu mahnen, sich dieser Taten in der neuen Staatsform der Republik würdig zu erweisen, in der es selbst Träger und Bildner seines Geschickes geworden ist.

•

Präsident Ebert zum Reichsgründungstage.

Der Reichspräsident hat aus Anlaß des heutigen Tages folgende Kundgebung erlassen: Am 18. Januar sind 50 Jahre seit der Einigung der deutschen Stämme zu einem einheitlichen Staatsgebilde vergangen. Die Sehnsucht unserer Vorfahren, das heiße Verlangen weiter Schichten des Volkes in allen deutschen Gauen fand hierdurch ihre späte Erfüllung, und diese Erfüllung blieb von Dauer. In allen schmerzlichen Verlusten, die uns jetzt durch Krieg und Frieden betroffen haben, ist uns — fast als einziges — das eine große Unglück erspart geblieben, daß die deutschen Länder wieder auseinandergefallen sind. Sie halten aneinander fest. Darüber wollen wir uns freuen, wenn wir auch mit besonderer Trauer an diesem Tage zu allen deutschen Landesteilen hinüberblicken müssen, die gegen ihren Willen von ihrem stammverwandten Lande getrennt sind und auf das besonders schwer leidende Oesterreich, das mit dem Herzen zu uns strebt, wie wir zu ihm. Unsere innere staatliche Einheit weiter zu erhalten und zu festigen, muß unser aller fester Wille sein. Wenn uns auch politische und wirtschaftliche Anschauungen mehr als gut ist trennen, in einem sind wir alle einig: Grenzen sollen uns nicht trennen! Die Einheitlichkeit unseres deutschen Vaterlandes ist für uns alle ein Stück unseres Glaubens, unserer Liebe und unserer Hoffnung.

Berlin, 18. Januar 1921.

Der Reichspräsident (gez.) Ebert.
Der Reichskanzler (gez.) Fehrenbach.

•

Aufruf an die deutsche Jugend.

Der erste Vorsitzende des Reichsbundes deutschdemokratischer Jugendvereine Heinrich Landahl, erläßt zum 18. Januar folgenden Aufruf an die deutsche Jugend: Deutsche Jugend! Fünfzig Jahre besteht heute das Deutsche Reich. Am 18. Januar 1871 wurde die staatliche Einigung der Deutschen, die Sehnsucht des deutschen Volkes seit den Befreiungskriegen, verkündet. Ein gewaltiges Werk war vollbracht, die Grundlage für eine neue deutsche Größe gelegt. Und eine glänzende äußere Entwicklung nahm Bismarcks große politische Neuschöpfung in den folgenden Jahrzehnten. Jetzt aber, fast 50 Jahre, nachdem ein glänzender Sieg uns die staatliche Einigung brachte, hat eine furchtbare Niederlage dem Staat von 1871 zusammenbrechen lassen. Er mußte zusammenbrechen, weil Bismarcks Werke nicht mit der fortschreitenden Entwicklung des deutschen Volkes fortgebildet worden waren, weil der Staat nicht im Volksbewußtsein lebte, weil Volk und Staat nicht eins waren.

Aber die deutsche Einheit ist geblieben! Das deutsche Volk, jetzt erst, durch die gemeinsame große Not, als Volk wirklich geeint, ist nicht zusammengebrochen. Es will als einiges Volk weiterleben und hat sich deshalb sofort einen neuen Staat, seinen deutschen Volksstaat, geschaffen. Deutsche Jugend, auf! Die Weimarer Verfassung führt das Werk von 1871 fort und vollendet es. Durch sie ist die staatliche Einigung von 1871 fortentwickelt worden zur Volkseinigung. Wir Jungen glauben an diese Volkseinigung allem Partei- und Klassenstreit zum Trotz. Wir Jungen wollen sie verwirklichen — in jeder Hinsicht. Die deutsche Volksgemeinschaft ist unser Ziel, nicht als Phrase, sondern als Wirklichkeit im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben. Wir Jungen müssen und werden den jungen Volksstaat mit warmem Leben erfüllen. Der Weg ist frei. Von uns von jedem einzelnen Deutschen hängt jetzt das Schicksal Deutschlands ab. Wir müssen als Glieder dieses Staates Persönlichkeiten sein, erfüllt von sicherem Selbstbewußtsein und starker Verantwortungsfreude, welche die Vollendung der Persönlichkeit und ihrer Freiheit erst im Dienste an der Gesamtheit und in der sozialen Gerechtigkeit erblicken.

Fichte hat 1813 gesagt: Von den Deutschen wird erst dargestellt werden, ein wahrhaftes Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen, in aller der Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblicken, aber ohne Aufopferung der Mehrzahl der Menschen als Sklaven, ohne welche die alten Staaten nicht bestehen konnten: Für Freiheit gegründet, auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt! — Wir jungen Deutschen! Am 18. Januar 1921 laßt uns geloben, daß wir jene Begeisterung der Freiheit und der Gerechtigkeit in unserem Herzen wachhalten wollen, damit im deutschen Volksstaat jetzt das Reich des Rechts entstehe!

Die Regierung Briand.

Nv. Herr Peret hat den von Millerand bekommenen Auftrag, ein Ministerium zu bilden, nicht ausführen können, weil er nicht in der Lage war, den Gegensatz zwischen Briand und Poincare zu überbrücken. Sowohl Briand als auch Poincare waren prinzipiell bereit, in das Ministerium Peret einzutreten, jedoch verlangten beide für sich das wichtige Außenministerium. Peret hatte Poincare das Finanzministerium zugedacht, der aber nicht bereit war, die zweite Geige zu spielen, insbesondere deshalb nicht das Finanzministerium übernehmen wollte, weil er den Finanzminister als abhängig vom Außenministerium ansah. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß von irgendwoher Winke gekommen sind, auf Herrn Poincare zu verzichten. Der Widerstand gegen ihn hat sich auch in der französischen Presse bereits bemerkbar gemacht, und in der Tat hätten Verhandlungen, die Poincare sowohl mit den Alliierten als auch mit Deutschland geführt hätte, Schwierigkeiten gebracht, ohne daß sie Erfolgsmöglichkeiten geboten hätten. Wir können das Ministerium Briand deshalb begrüßen, weil mit Aristide Briand ein Mann der ersten politischen Garnitur den Posten des Ministerpräsidenten und des Außenministers übernommen hat. Peret wäre ebenso wie Leygues nur der Strohmann Millerands gewesen. Wenn auch Herr Briand eine Politik machen wird, die im wesentlichen mit der Millerands übereinstimmt, so ist doch die Abhängigkeit von dem Präsidenten der französischen Republik nicht so groß, wie sie es bei den vorgenannten Persönlichkeiten gewesen wäre. Briand ist ein Mann, der einen Sinn für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten hat. Er wird sicherlich auch aus Deutschland herausholen wollen, was aus Deutschland herauszuholen ist, aber man kann doch immerhin damit rechnen, daß er auch gewisse Lebensnotwendigkeiten Deutschlands begreifen wird. Als Ersatz für Poincare ist Barthou in das neue Ministerium eingetreten. Barthou bedeutet ohne Zweifel eine Konzession an die Nationalisten. Für die befreiten Gebiete wird Loucheur tätig sein, dem die Materie des Wiederaufbaues bereits durch seine frühere Tätigkeit bekannt ist. Loucheur ist Finanzmann genug, um ebenfalls zu erkennen, worauf es ankommt. Wenn er früher einmal versucht hat, in der Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete Forderungen aufzustellen, die wir nicht erfüllen können, so wird er sich vielleicht im Rahmen des neuen Ministeriums auf Möglichkeiten besinnen, die wirklich beiden Ländern nützen. Die Anwesenheit Barthous braucht nicht sonderlich tragisch genommen zu werden, da er allein ja nicht in der Lage ist, das Gesicht und die Politik des Gesamtministeriums zu ändern. Was schon an dieser Stelle betont worden ist, daß nämlich die Kammermehrheit Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen würde, ist eingetreten. Schließlich ist nur ein Wechsel der Personen zu verzeichnen, ohne daß in der Gesamtpolitik eine Aenderung eintreten dürfte. Eine solche Aenderung kann schon aus dem Grunde nicht eintreten, weil auch die französische Politik in gewissem Sinne zwangsläufig ist.

•

Briands Programm.

Die Neue Zürcher Zeitung meldet aus Paris: Briands Aussprache mit den Parteiführern am Sonntagmittag schloß mit den Worten: Wir werden Frankreichs Vormachtstellung in Europa für 80 Jahre befestigen. Wir werden aber auch dem früheren Feinde Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen. — Dazu wird noch gemeldet: Das Genfer Journal erfährt aus Paris: Nach einer Havasmeldung hat Briand folgende Richtlinien seiner Politik festgelegt: 1. Notwendige Erfüllung des Versailler Vertrages von Deutschland, 2. Ernstes Einvernehmen mit den Alliierten 3. Aufrechterhaltung der politischen Stellung Frankreichs auf dem europäischen Festlande.

England will nichts wissen.

Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Chronicle ist offiziell ermächtigt worden, das von der französischen radikalen Presse verbreitete Gerücht, die britische Regierung habe ihr Veto gegen die Aufnahme Poincares in das neue französische Kabinett ausgesprochen, als falsch zu bezeichnen. — Dieses Dementi kommt bemerkenswerterweise erst, nachdem das Kabinett Briand ohne Poincare gebildet ist.

Hoovers Hilfswerk für die Kinder Mitteleuropas.

Aus Newyork wird der deutschen Presse die Nachricht zur Verfügung gestellt, daß die erste Massenveranstaltung in der von Herbert Hoover organisierten Wohltätigkeitskampagne zur Aufbringung von 33 Millionen Dollar für die notleidenden Kinder Mitteleuropas am 19. Dezember im Metropolitan-Opernhaus stattgefunden und einen vollen Erfolg erbracht hat. In der Liste der Spender finden wir Mr. E. H. Harriman mit 25 000 Dollar, Mr. Felix Warburg mit 10 000 Dollar und manche andere in Deutschland bekannte Namen mit ähnlichen Beträgen. Eine Summe von 612 000 Dollar ist allein durch diese Zeichnungen für den Hoover-Fonds gesichert worden. — Das Hilfswerk ist auf breitester Grundlage organisiert. Das amerikanische Rote Kreuz und die über das ganze Land verzweigten Organisationen haben sich zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden. Ihre Vertreter bilden den European Relief Council, der unter Hoovers Vorsitz die gesamte Hilfstätigkeit leitet. Nach Schätzungen des European Relief Council gibt es in den Ländern Mitteleuropas zurzeit etwa 3 500 0000 Kinder, die bis zur Einbringung der nächsten Ernte vor weiteren Entbehrungen geschützt werden müssen. Die private amerikanische Mildtätigkeit hat bei ähnlichen Anlässen bewiesen, daß sie großzügig zu geben versteht. So erscheint die Hoffnung berechtigt, daß sie auch diesmal die zur Verwirklichung der Hooverschen Pläne erforderlichen gewaltigen Mittel — es handelt sich um einen Gesamtbetrag von 33 Millionen Dollar oder nach gegenwärtigem Kursstand umgerechnet, von 2½ Milliarden Mark — zusammenbringen wird.

Der Bericht, den der amerikanische Senator Cormick auf Grund seiner Europareise seinem Freunde Hoover erstattet hat, mag seinen Anteil daran haben, daß die erste Massenveranstaltung in der großen nordamerikanischen Wohltätigkeitskampagne zugunsten der Kinder Mitteleuropas die besten Aussichten eröffnet, daß die Mittel aufgebracht werden, die Hoover für notwendig hält, damit in Mitteleuropa 17 000 Waisenhäuser, Hospitäler, Kliniken und öffentliche Küchen ununterbrochen in Tätigkeit bleiben können. Das amerikanische Hilfswerk wird von sieben großen humanitären Gesellschaften organisiert, die ihre Arbeit über das ganze Land ausgedehnt haben. Es ist erfreulich, daß man von Amerika etwas so eindeutig Gutes melden kann. Die deutsche Oeffentlichkeit ist seit langer Zeit geneigt, nach den Erfahrungen, die wir mit Wilson gemacht haben, die Enttäuschung über seine Politik auf unser ganzes inneres Verhältnis zu dem amerikanischen Volk einwirken zu lassen. Allein, es bleibt nun einmal richtig, daß in der amerikanischen Seele neben dem berechnenden Geschäftsgeist eine kräftige und stets gepflegte Menschlichkeit gelebt hat und noch lebt. Man darf nur nicht die beiden Seelen sozusagen durcheinandermengen, wie wir es während des Krieges vielfach getan haben. Damals hat mancher unter uns einseitige Hoffnungen auf den Gerechtigkeitssinn und die Humanität der Amerikaner gesetzt. Jetzt aber müssen wir uns hüten, in den gegenteiligen Fehler zu verfallen, in dem amerikanischen Charakter etwa nichts weiter sehen zu wollen, als Geschäftssinn und kühle Verstandespolitik. Das Puritaner- und Quäkertum hat in ihnen in langer Ueberlieferung eine seelische Kultur entwickelt, deren Eigenart und Wert wir anerkennen müssen. Eine Probe davon ist eben das Hooversche Hilfswerk für die Kinder Mitteleuropas.